

Gastkommentar

«Wir, die Völker der Vereinten Nationen»: Elend und Glorie der UNO

Multilateralismus, Völkerrecht und finanzielle Solidarität werden bei der UNO systematisch ausgehöhlt – durch ihre Mitgliedstaaten.

Vor exakt 80 Jahren, am 10. Januar 1946, fand in der Methodist Central Hall in London unter der Präsidentschaft des belgischen Premierministers Paul-Henri Spaak die erste Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen statt. Inmitten von viel Skepsis triumphierte die Hoffnung, «künftige Generationen vor der Geißel des Krieges zu bewahren». Was bleibt von der Begeisterung für das «Nie wieder Krieg»? Der Multilateralismus steckt in der Krise und mit ihm die Vereinten Nationen.

Erstens wird die UNO an den Rand gedrängt. Die Förderung des Friedens erfolgt nicht mehr in den Foren oder unter den Regeln der Charta. Die Verhandlungen finden in Mar-a-Lago, Anchorage, Doha, Kairo oder in der amerikanischen Botschaft in Genf statt. Der Kreis der eingeladenen Länder ist willkürlich, je nach dem Wohlwollen von Trump, Putin oder der Koalition der Willigen. Der Sicherheitsrat wird wissentlich blockiert, sodass sich die Tenöre der Weltpolitik und ihre Schützlinge nach Belieben organisieren können. Auch wenn nachträglich im

Sicherheitsrat um Zustimmung zu den vollendeten Tatsachen nachgesucht wird, wie am 18. November 2025 bei Donald Trumps Friedensplan für Gaza. Dreizehn Mitglieder stimmten dafür, Russland und China enthielten sich.

Zweitens ist das Völkerrecht quasi hirtot, wie der widerrechtliche Einfall der USA in Venezuela es soeben auf bedenkliche Art gezeigt hat. Das gilt auch für den Gaza-Friedensplan, bei dem sich der Sicherheitsrat hintergehen liess. Die grausame Vernichtung der Palästinenser setzt sich unverändert fort. Auch mit der Freilassung der israelischen Geiseln hindert nichts Netanjahu daran, die Menschen von Gaza weiter auszuhungern, UN-Organisationen daran zu hindern, humanitäre Hilfe zu leisten, 37 NGOs den Zugang zu verweigern, neue Siedlungen im Westjordanland zu billigen und zum Nachsehen der mehr als 150 Länder, die ihn anerkannt haben, zu behaupten, dass es niemals einen Staat Palästina gebe.

Dasselbe trifft auf den US-Friedensplan für die Ukraine zu. Seiner Aussage nach führt Trump ausgezeichnete Gespräche mit Putin. Dies verschont ihn nach

seinem Treffen mit Selenskyj am 28. Dezember nicht vor der Fake News des angeblich durch einen ukrainischen Angriff mit dem Tod bedrohten Kremlherrn.

Die ganze Welt fragt sich, wann der erlauchte amerikanische Präsident aufhört, von zwei wegen Kriegsverbrechen gesuch-

«Es ist nicht die UNO, die krankt, sondern ihre Mitglieder, die ihre Verpflichtungen vernachlässigen.»

ten Gesprächspartnern zum Besten gehalten zu werden. Anstatt Richter mit Sanktionen zu belasten, sollte er sich für die Resolution der Generalversammlung vom 3. Dezember 2025 einsetzen, die mit 91 zu 12 Stimmen und 57 Enthaltungen angenommen wurde und die «sofortige, sichere und bedingungslose» Rückkehr der von Russland entführten ukrainischen Kinder fordert. Erschreckend ist, dass weniger als die Hälfte der 193 UNO-Mitglieder den Mut hatte, das absolute Verbot der Verschleppung von Zivilisten aus besetztem Gebiet zu bekräftigen.

Drittens wird die UNO ausgehebelt, indem man sie ihrer Finanzmittel beraubt. Jedes Jahr gibt es Dutzende von Ländern, die ihre Beiträge nicht zahlen oder in Verzug sind. Die Vereinigten Staaten haben eine Spende von 2 Milliarden US-Dollar für humanitäre Hilfe angekündigt. Das ist ein stattlicher Betrag, aber deutlich weniger als die 11 Milliarden Dollar im Jahr 2024. Die UNO befindet sich inmitten einer Finanzkrise und muss Tausende von Mitarbeitern entlassen.

Die Schweiz, abwesend damals in der Methodist Central

Hall, aber seit 1946 Sitz des Büros der Vereinten Nationen in Genf und Mitglied seit 2001, bleibt nicht ohne Widersprüche. Die Unterstützung für die in Genf angesiedelten Organisationen wurde vom Schweizer Parlament bestätigt, indem es am 8. Dezember 2025 für einen Kredit von 122,6 Millionen Franken stimmte, vermutlich auch mit Blick auf die Arbeitsplätze. Das Bild ist weniger rosig in Anbetracht der restriktiven Haltung des Parlaments gegenüber der Palästinenser-Hilfsorganisation UNRWA, obwohl es sich um eine UN-Institution handelt, die zudem von einem unserer Landsleute geleitet wird – oder in Anbetracht unserer Kleinmütigkeit gegenüber der Anerkennung des palästinensischen Staats.

Angesichts dieser Entwicklung ist das Chaos immens. In einer Erklärung vom 7. Dezember 2025 warnte die UNCPGA (United Nations Conference of the Presidents of the General Assembly) vor der Krise des Multilateralismus und dem finanziellen Abgrund. Sie fordert umfassende Reformen, einschliesslich des Sicherheitsrats und des Vetorechts, mit Schwerpunkt auf dem Hauptzweck der

UNO: Förderung von Frieden und Menschenrechten, humanitäre Hilfe, wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Die Charta der Vereinten Nationen und die darin definierten Organe sollen Grundlage des Völkerrechts bleiben. Das erscheint trivial.

In einer Welt voller Lügen, Arroganz, böser Absicht, Hass und Brutalität braucht es moralische und nicht nur militärische Ausrüstung. Die Menschheit benötigt Wahrheit, Demut, Ehrlichkeit, Liebe und Mitgefühl.



Joseph Deiss

Der Freiburger Alt-Bundesrat Joseph Deiss (79) ist ehemaliger Professor für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg. Der CVP-Politiker war 2010/11 auch Präsident der UNO-Generalversammlung.

Ausserdem

von Charles Ellena



Freiburg, 6. Dezember 2025.

Moment mal

Boskop, Braeburn, Gravensteiner ...

Das Jahr ist noch jung und hat uns wenig Gelegenheit gegeben, unseren an Silvester gefassten Vorsätzen schon untreu zu werden. Ich habe mir vorgenommen, in diesem Jahr jeden Tag einen Apfel zu essen. Weil Äpfel gesund sind? Das auch. Weil sie gut schmecken? Auf jeden Fall. Vor allem aber verstehe ich das bewusste Essen eines Apfels als kleine Übung in Achtsamkeit oder, um es mit einem weniger modischen Begriff zu formulieren, in Dankbarkeit.

Äpfel sind wahre Wunder der Natur: Reich an Vitamin C, rund um den Globus in vielen Genden und immer wieder neu-

«Äpfel im Paradiesgarten? Apfelbäume würden in paradiesischen Breiten gar nicht wachsen.»

en Sorten wachsend, gut zu transportieren, je nach Sorte sehr lange lagerbar und selbst in getrockneter Form noch ausgesprochen nährstoffreich, kommt dem Kulturapfel schon seit frühesten Zeiten eine wichtige Funktion in der Ernährung der Menschheit zu.

Vertieft man sich in die Apfel-Literatur, erfährt man zum Beispiel, dass rote Äpfel besonders gesund sind, weil sie viele Flavonoide enthalten. Das sind natürliche Stoffe, die helfen können, Krankheiten abzuwehren und vor UV-Strahlen zu schützen. Flavonoide im Apfel können anscheinend auch Allergien lindern, Nerven schützen oder das Risiko von Diabetes und Blutgerinnseln senken.

Interessiert man sich mehr für die kulturelle Bedeutung des Apfels als für seine biologischen Eigenschaften, staunt man über die Tatsache, dass der Apfel zum Namensgeber für importierte nicht verwandte Obst- und Gemüsesorten wie die Kartoffel (pommes de terre, Erdäpfel) oder die Tomate (pomodoro) werden konnte.

Und da ist natürlich auch dieser Baum im Paradiesgarten, von dessen Früchten zu essen Adam und Eva verboten war. Entgegen unseren Vorstellungen und zahllosen bildlichen Darstellungen handelt es sich beim biblischen Baum der Erkenntnis nicht

explizit um einen Apfelbaum. Die verbotenen Früchte, die so verlockend anzusehen gewesen sein sollen, waren sicher keine Äpfel. Apfelbäume würden in paradiesischen Breiten gar nicht wachsen, denn ein Apfelsamen braucht zum Keimen über eine gewisse Zeit hinweg recht tiefe Temperaturen; kalt wurde es im Paradies wohl kaum.

Aber ich muss zugeben, selbst wenn es nicht ein Apfel gewesen wäre, hätte mir die Schlange eine attraktive Frucht angeboten und mir weismachen können, dass ihr Verzehr klug macht, also zum Beispiel die Fähigkeit verleiht, Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden (auch ein Neujahrsvorsatz), hätte ich nicht widerstehen können.



Franziska Grau Salvisberg

Franziska Grau Salvisberg ist Verantwortliche der Fachstelle Bildung der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons Freiburg.